



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.09.2017

TOP 3. Gästebeitrag (bisher Kurbeitrag); Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 und Erlass einer Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages

BM Ulrichs führt aus, dass sich aus der Nachkalkulation für das Jahr 2016 eine Unterdeckung in Höhe von 609.877,86 EUR ergebe. Zusammen mit der Kalkulation für das Jahr 2018 ergebe sich die Notwendigkeit der Erhöhung des Gästebeitrages. Die Verwaltung schlage daher die Erhöhung des Gästebeitrages auf 3,90 EUR pro Tag für den Übernachtungsgast vor. Durch diesen Beitragssatz sei eine Deckung des umlagefähigen Aufwandes nahezu gegeben.

BM Ulrichs teilt weiter mit, dass die Verwaltung ferner vorschlage, den Gästebeitrag für Jugendliche im Gegenzug um 20 Cent auf 1,50 EUR pro Tag zu senken, um die Jugendlichen und deren Familien zu entlasten.

Des Weiteren merkt BM Ulrichs an, dass die Verwaltung die Anhebung des Tagesgästebeitrages auf 3,- EUR und somit auf 77% des Gästebeitragssatzes vorschlage, da dies dem zeitlichen Umfang der Nutzungsmöglichkeit eines Tagesgastes im Vergleich zu einem Übernachtungsgast entspreche.

BM Ulrichs führt aus, dass Unterdeckungen nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in den nächsten Jahren auszugleichen seien. Er betont, dass man sich daher keinen Gefallen tue, wenn man eine große Unterdeckung vor sich hertrage. BM Ulrichs ergänzt, dass ihm klar sei, dass dies eine große Erhöhung sei. Diese bilde aber die tatsächlichen Entwicklungen im Aufwandsbereich ab.

Prok. Temme gibt zur Kenntnis, dass die Staatsbad Norderney GmbH in den letzten Jahren eine kontinuierliche Preissteigerung in fast allen Bereichen feststelle. KD Loth ergänzt, dass in den letzten zehn Jahren seitens der Staatsbad Norderney GmbH rund 60 Mio. EUR in das Infrastrukturvermögen investiert worden seien.

Angesprochen auf die Höhe der Beitragssätze auf den anderen Nordsee-Inseln merkt KD Loth an, dass Norderney die einzige Nordsee-Insel sei, die neben dem Gästebeitrag keine Fremdenverkehrsabgabe erhebe.

RH Schnippering erkundigt sich, ob Maßnahmen zur Senkung der Kosten erörtert worden seien. KD Loth antwortet, dass in der Vergangenheit viele Maßnahmen ergriffen worden seien. Er merkt weiter an, dass die kurbeitragsrelevanten Bereiche sehr personalintensiv seien. So wirke sich zum Beispiel die Entscheidung, über die SBN-Servicegesellschaft nur noch die Saisonkräfte anzustellen und die dauerhaft Beschäftigten direkt bei der Staatsbad Norderney GmbH zu beschäftigen, mit Mehraufwendungen im Personalbereich von rund 700.000 EUR aus.

KD Loth betont, dass die Maßnahmen der Staatsbad Norderney GmbH das Ziel hätten, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und ein zeitgemäßes Aufstellen der Destination am Markt zu sichern. BG Wehlage regt an, ein bescheideneres Vorgehen bei der Umsetzung von Maßnahmen zu prüfen. KD Loth nimmt Bezug auf die Äußerung von BG Wehlage und führt aus, dass sich die Inseln untereinander in einer Konkurrenzsituation befänden und die Ausrichtung im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung politisch beschlossen werden müsse.

RV Hahnen äußert, dass ihm die Erhöhung von 3,40 EUR auf 3,90 EUR als zu hoch erscheine. Er schlägt vor, den Satz der Jugendlichen nicht abzusenken und den aktuellen Satz beizubehalten. BM Ulrichs merkt an, dass in dieser Altersgruppe wenige Übernachtungen zu verzeichnen seien und daher die Auswirkungen eher gering seien.

Ferner schlägt RV Hahnen vor, Hunde zum Gästebeitrag heranziehen. BM Ulrichs nimmt Bezug auf den Vorschlag und stellt klar, dass es für die Erhebung eines Gästebeitrages von Hunden keine Rechtsgrundlage gebe. VFW Raß ergänzt, dass § 10 NKAG lediglich die Möglichkeit einräume, den Gästebeitrag von natürlichen Personen zu erheben. BG Wehlage regt eine Initiative zur Änderung des § 10 NKAG an, um zukünftig auch für Hunde einen Gästebeitrag erheben zu können.

RM Schnippering erkundigt sich nach der voraussichtlichen Entwicklung der Höhe des Gästebeitrages in der Zukunft. KD Loth antwortet, dass die Staatsbad Norderney GmbH mit ständig steigenden Kosten konfrontiert sei. Eine Prognose sei daher sehr schwierig.

BG Onnen vertritt die Auffassung, dass eine Erhöhung auf 3,70 EUR ausreichend sei. BM Ulrichs nimmt Bezug auf die Ausführungen von BG Onnen und betont, dass sich bei einem Beitragssatz von 3,70 EUR pro Tag eine Unterdeckung von rund 480.000 EUR ergäbe. BM Ulrichs betont, dass er eine Unterdeckung in dieser Höhe für grenzwertig erachte. Er ergänzt, dass sich bei einem Beitragssatz von 3,80 EUR eine Unterdeckung in Höhe von rund 280.000 EUR ergäbe.

BG Wehlage ist der Meinung, zukünftig solle auf den als Höchstbeitrag fungierenden Jahresbeitrag verzichtet und ein zeitlich unbefristeter Beitrag erhoben werden. KD Loth merkt an, dass der Staatsbad Norderney GmbH die Zahl der ausgegebenen Jahreskarten bekannt sei, jedoch nicht, wie viele Übernachtungen mit jeder Jahreskarte getätigt würden. Nach kurzer Diskussion wird die Entscheidung über einen zukünftigen Verzicht des Jahresbeitrages auf die Sitzung des VA am 20.09.2017 vertragen.

BG Wehlage führt aus, dass auf Sylt der Beitragssatz für einen Übernachtungsgast 3,30 EUR betrage, wohingegen der Tagesgast 4,- EUR zahlen müsse. Er fragt, ob dies auch auf Norderney möglich sei. BM Ulrichs antwortet, dass die Erhebung eines höheren Gästebeitrages für den Tagesaufenthalt als für den Übernachtungsaufenthalt gegen den Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit verstoßen würde. VFW Raß ergänzt, dass der Gästebeitragssatz von Tagesgästen nach dem zeitlichen Umfang der Benutzungsmöglichkeit der Tourismuseinrichtungen bemessen werde. Er führt weiter aus, dass von dem zeitlichen Faktor nur abgewichen werden könne, wenn entsprechende Erhebungen über die höhere Nutzungsintensität der Tourismuseinrichtungen durch Tagesgäste vorlägen. Dies sei aber nicht der Fall.

StAR Oertelt weist darauf hin, dass ein Beitragssatz von 3,70 EUR wahrscheinlich eine zeitnahe weitere Erhöhung des Beitragssatzes zur Folge haben werde.

BG Wehlage vermisst eine soziale Staffelung beim Gästebeitrag, die sich zum Beispiel an dem Übernachtungsaufwand orientiere.

RV Hahnen stellt den Antrag, nach § 5 I Nr. 3 GBS eine Nr. 4 mit dem Wortlaut: „für Teilnehmer zwischen 14 und 17 Jahren in einer stationären Vorsorge- oder

Rehabilitationsmaßnahme“ einzufügen. Des Weiteren stellt RV Hahnen den Antrag, § 5 GBS um einen Absatz 4 mit dem Wortlaut: „Der Gästebeitrag wird um 10% des Beitragssatzes ermäßigt für Teilnehmer einer stationären Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme in den Häusern nach § 111a SGB V“ zu ergänzen.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen stimmt zu, den § 5 GBS im Absatz 1 um eine Nr. 4 mit dem Wortlaut: „für Teilnehmer zwischen 14 und 17 Jahren in einer stationären Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme“ sowie um einen Absatz 4 mit dem Wortlaut: „Der Gästebeitrag wird um 10% des Beitragssatzes ermäßigt für Teilnehmer einer stationären Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme in den Häusern nach § 111a SGB V“ zu ergänzen.

5 Stimme/n dafür

- Stimme/n dagegen

2 Enthaltungen

RV Hahnen hält die Regelung des § 7 IV GBS insbesondere im Hinblick auf die Ordnungswidrigkeit und die Haftung nicht für umsetzbar. KD Loth erwidert, dass alle Gäste bedingt durch die Insellage von der Staatsbad Norderney GmbH erfasst würden und daher die Gastgeber grundsätzlich nicht bei der Erhebung des Gästebeitrages mitwirken müssten. In vielen Kurorten am Festland sei dieses aber gang und gäbe. Weiter betont er, dass die Einbeziehung der Gastgeber, zum Beispiel beim Ausfall des Systems, weiter möglich sein müsse, um sicherzustellen, dass der Gästebeitrag weiter ordnungsgemäß und vollständig erhoben werden könne. KD Loth merkt ergänzend an, dass die Regelung des § 7 IV GBS noch nie zum Tragen gekommen sei. 2. stv. BM Ennen gibt zur Kenntnis, dass seine Fraktion zur Sitzung des VA am 20.09.2017 eine alternative Formulierung vorlegen werde.

BG Wehlage bittet um Aufnahme einer Regelung in § 3 I GBS, nach der die Schulfreunde der Norderneyer Kinder zu befreien sind, wenn sie die gleiche Schule auf dem Festland besuchen. StAR Oertelt gibt zu bedenken, dass alle Befreiungsregelungen dem Gleichbehandlungsgrundsatz nicht widersprechen dürften. Sie sagt eine entsprechende Prüfung der Regelung zum nächsten Jahr zu.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen fasst folgenden Empfehlungsbeschluss an Verwaltungsausschuss und Rat:

Beschluss

Der Rat der Stadt Norderney nimmt die Nachkalkulation für das Jahr 2016 zur Kenntnis.

7 Stimme/n dafür

- Stimme/n dagegen

- Enthaltungen

Der Rat der Stadt Norderney beschließt die Gästebeitragskalkulation für das Jahr 2018 auf der Grundlage der vorgelegten Kalkulation mit der Maßgabe zu, dass der Gästebeitrag für einen Übernachtungsgast in der Hauptsaison 3,70 EUR pro Tag und in der Nebensaison 1,90 EUR pro Tag, für einen Jugendlichen in der Hauptsaison 1,70 EUR pro Tag und in der Nebensaison 0,90 EUR pro Tag sowie für einen Tagesgast in der Hauptsaison 3,- EUR und in der Nebensaison 1,50 EUR betragen soll.

4 Stimme/n dafür

- Stimme/n dagegen

3 Enthaltungen

Der Rat der Stadt Norderney stimmt der Neufassung der Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages für die Stadt Norderney (Gästebeitragssatzung) in der vorgelegten Entwurfsfassung mit der beschlossenen Erweiterung des § 5 um die Nr. 4 in Absatz 1 mit

dem Wortlaut: „für Teilnehmer zwischen 14 und 17 Jahren in einer stationären Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme“ sowie der Erweiterung des § 5 um den Absatz 4 mit dem Wortlaut: „Der Gästebeitrag wird um 10% des Beitragssatzes ermäßigt für Teilnehmer einer stationären Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme in den Häusern nach § 111a SGB V“ zu.

5 Stimme/n dafür

1 Stimme/n dagegen

1 Enthaltungen

Stimme/n dafür

Stimme/n dagegen

Enthaltungen